

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR: ParlamentarierInnen zur Zukunft der Freiwilligendienste

- Einleitung
- Perabo: Kommunen, Freiwilligendienste und BE
- Freiwilligendienste: Antworten von Markus Grübel, MdB
- Freiwilligendienste: Antworten von Ute Kumpf, MdB
- Freiwilligendienste: Antworten von Florian Bernschneider, MdB
- Freiwilligendienste: Antworten von Ulrich Schneider, MdB
- Freiwilligendienste: Antworten von Harald Koch, MdB

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Ost-West-Teilung beim Bundesfreiwilligendienst
- Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- Bündnis »Bürgermeister für Beteiligung«
- Jugend packt an

AKTUELLES AUS DEM BBE

- AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung«: Selbstverständnis
- BBE beim Politikfestival in Paretz
- Sonder-Infoletter zur Aktionswoche: Komprimierte Projektvorstellung
- BBE-Mitglied des Monats August 2013: Deutsches Jugendinstitut

FACHDISKURS

- Wilke: Ehrenamtskoordination erfolgreich gestalten
- Weiterbildungsreihe »Wir beteiligen uns.« für Ehrenamtliche
- Es muss ja keine Stiftung sein: Veranstaltung
- Internationaler Bürgermedienpreis 2013: Fristverlängerung
- Grundrechte-Report 2013: Publikation
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR: ParlamentarierInnen zur Zukunft der Freiwilligendienste

nach oben

Einleitung

Anlässlich der 33. Sitzung der AG 3 »Freiwilligendienste« des BBE am 16. Mai 2013 wurde an die für Engagementpolitik in ihren Fraktionen verantwortlichen Bundestagsabgeordneten ein Set an Fragen zur Zukunft der Freiwilligendienste im Allgemeinen und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) im Besonderen gestellt. Die Fragen an die Abgeordneten und die Antworten von Markus Grübel, MdB, Ute Kumpf, MdB, Florian Bernschneider, MdB, Ulrich Schneider, MdB und Harald Koch, MdB sind hier zusammengestellt. Vorangestellt ist eine kritische Abhandlung von Dr. Christa Perabo, Sprecherin der AG 3 »Freiwilligendienste« des BBE zu einem im Juni 2013 veröffentlichten Papier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Bilanz und Weiterentwicklung der Freiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienstes. Darin werden die Fragen zu den Freiwilligendiensten im Kontext von Engagementpolitik auf kommunaler Ebene und mit Blick auf das Verhältnis von Bund und Kommune in diesem Feld diskutiert. Anfang Juli 2013 widmete sich zudem der Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2013 mit einem Schwerpunkt dem Thema Freiwilligendienste. Gerne weisen wir auf die dortigen Beiträge hin.

Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2013 unter
<http://www.buergergesellschaft.de/107531/>

nach oben

Perabo: Kommunen, Freiwilligendienste und BE

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat im Juni 2013 ein Papier zur »Bilanz und Weiterentwicklung des BFD – Bundesfreiwilligendienst – und der Freiwilligendienste« publiziert. Dr. Christa Perabo, Sprecherin der AG 3 »Freiwilligendienste« des BBE hinterfragt kritisch das in dieser Positionierung erkennbare Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgergesellschaft sowie das dort vertretene Verständnis der Funktion von Freiwilligendiensten. Ihr Befund: »Auch im Resümee wird deutlich, dass die Spitzenverbände die Freiwilligendienste nicht im Kontext auch einer eigenverantwortlichen Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements und seiner Sonderformen durch die Kommunen sehen, sondern nur als Form der finanziellen Unterstützung der Kommunen zur Bewältigung ihrer Aufgaben durch den Bund.« Damit einher geht das Fehlen von Forderungen zur Engagementinfrastrukturförderung.

Gastbeitrag von Dr. Christa Perabo unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Perabo.pdf
(80 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antworten von Markus Grübel, MdB

Markus Grübel, MdB (CDU), Vorsitzender des Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, sieht es in den künftigen Haushaltsverhandlungen zunächst einmal als wichtiges Ziel an, den aktuell für den BFD zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von 300 Millionen Euro zu sichern. Wichtige Impulse im Kontext verschiedener Fragen erwartet er sich von der im Herbst kommenden ersten Evaluation des BFD. Deutliche Zweifel lässt er an einem verpflichtenden Trägerprinzip erkennen: »Das eigentlich spannende Thema hierbei ist die Gegenfrage nach den verbandsfreien Einsatzstellen. Rund 40 Prozent aller Plätze im BFD gehören keinem Verband an.« Auch an der Notwendigkeit eines Freiwilligendienststatusgesetzes zeigt er große Zweifel. Auf Wiedervorlage für die nächste Legislatur will er die umfassende Umsatzsteuerbefreiung für Freiwilligendienste setzen, da sie aus seiner Sicht »Bildungsangebote« sind.

Antworten von Markus Grübel, MdB unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Gruebel.pdf
(31 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antworten von Ute Kumpf, MdB

Ute Kumpf, MdB (SPD), Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement in der SPD-Fraktion und stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, setzt auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste, denn: »Freiwilligendienste müssen vollständig zivilgesellschaftlich organisiert werden.« Klar spricht sie sich für ein Freiwilligendienststatusgesetz und für eine Lösung des Themas der Umsatzsteuerbefreiung aus. Einen besonderen Akzent setzt sie darin, eine Übereinkunft mit Arbeitgebern zu treffen. So sollten zum Beispiel Anreize für Arbeitgeber geschaffen werden, durch Arbeitsplatzgarantie nach der Rückkehr MitarbeiterInnen die Teilnahme an einem Freiwilligendienst zu erleichtern. Als wichtige Aufgabe sieht sie die Verstärkung der Freiwilligendienste aller Generationen durch eine erneute Bundesförderung an, um wieder einen geregelten und niedrighschwelligen Freiwilligendienst für ältere Menschen zu etablieren, der sowohl die Arbeitsmarktneutralität sicherstellt als auch die pädagogische Begleitung und fachliche Anleitung der Freiwilligen.

Antworten von Ute Kumpf, MdB unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Kumpf.pdf (29 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antworten von Florian Bernschneider, MdB

Florian Bernschneider, MdB (FDP), jugendpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion und Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, sieht beim BFD als nächste Aufgabe nicht den Ausbau, sondern die Qualitätsverbesserung an. Ein Freiwilligendienststatusgesetz hält er nicht für notwendig. Hier wie auch in anderen Fragen weist er darauf hin, dass dabei schnell die aktuell zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur Disposition stehen, weil die Begründungszusammenhänge geändert werden. Er spricht sich

für eine Weiterentwicklung der Engagementförderung durch eine ressortübergreifende, nicht an ein Ministerium gebundene Struktur aus, da bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema ist. Außer Frage steht für ihn, dass eine Umsatzsteuerbefreiung kommen muss. Um nicht den Unterschied zwischen Freiwilligendiensten und bürgerschaftlichem Engagement zu verwischen, hält er die Regelung im BFD, dass über 27-Jährige mindestens 20 Stunden in der Woche tätig sein müssen, für richtig. Die Federführung für generationenübergreifende Engagementförderung sei Ländersache.

Antworten von Florian Bernschneider, MdB unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Bernschneider.pdf (24 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antworten von Ulrich Schneider, MdB

Ulrich Schneider, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Sprecher für Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement und Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, spricht sich für eine Erhöhung der Mittel für Freiwilligendienste, für die Fortentwicklung der Qualität des BFD als Bildungsdienst und für dessen Weiterentwicklung als Bildungsdienst auch für die über 27-Jährigen als wichtige Aufgaben aus. Ein Freiwilligendienstestatusgesetz muss für ihn im Kontext einer Föderalismusreform und einer Änderung des Kooperationsverbots verfolgt werden. Eine Umsatzsteuerbefreiung sei überfällig. Er spricht sich dafür aus, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe zum Beispiel im Kanzleramt zu verankern und statt des Unterausschusses einen Hauptausschuss einzurichten, um dem Thema mehr Gewicht zu verleihen. Für den neuen Bundestag schlägt er ein Modell nach schwedischem Vorbild vor: einen Dialog zwischen den verschiedenen politischen Ebenen von der Kommune bis zum Bund in Verbindung mit der Zivilgesellschaft. Die aktuelle Ausgestaltung des BFD auch als ein Freiwilligendienst für über 27-Jährige hält er nicht für die ideale Lösung: »Ein Vorschlag wäre es, den BFD als bloßen Jugendfreiwilligendienst zu gestalten und für die Älteren der Bundesratsinitiative zu folgen und den Freiwilligendienst aller Generationen (FDaG) auszubauen.«

Antworten von Ulrich Schneider, MdB unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Schneider.pdf (25 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antworten von Harald Koch, MdB

Harald Koch, MdB (DIE LINKE), Mitglied des Finanz-, des Verteidigungs- sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, befürwortet den Ausbau aller Jugendfreiwilligendienste, wenn mit ihnen Mitbestimmungsrechte und soziale Absicherung verbunden sind: »Für DIE LINKE sind die Jugendfreiwilligendienste Bildungs- und Lerndienste sowie Lernorte zwischen Schule und Beruf und müssen als solche gestärkt werden.« Hier sollten auch die aus dem Wegfall des Zivildienstes frei gewordenen Mittel fließen und entsprechend erhöht werden. Das Trägerprinzip hat sich für ihn bewährt und sollte entsprechend gesetzlich

kodifiziert werden. Er ist für eine Umsatzsteuerbefreiung der tatsächlichen Kosten der Überlassung von Freiwilligen für die gemeinnützigen Träger und für die Einsatzstellen der Jugendfreiwilligendienste. Mit großer Skepsis betrachtet er dagegen die an Ältere gerichteten Dienst-Angebote. Man könne hier zumal im Osten für die Älteren weder von Arbeitsmarktneutralität noch von Lern- und Bildungsdiensten reden: »Ältere sollen z.B. nicht einen Dienst leisten müssen, um ihre karge Rente aufzubessern. Sie sollen auch nicht Lückenbüßer im Zuge des Sozialabbaus sein, indem sie Löcher in der öffentlichen Daseinsvorsorge stopfen sollen.«

Antworten von Harald Koch, MdB unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Koch.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Koch.pdf) (35 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Ost-West-Teilung beim Bundesfreiwilligendienst

Zahlen der Bundesregierung dokumentieren eine drastische Ost-West-Teilung in der Praxis des Bundesfreiwilligendienstes (BFD). Auf eine Kleine Anfrage (17/13797) der Fraktion die Linke teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/14066) am 21. Juni 2013 mit, dass von den derzeit rund 35.000 Freiwilligen im Bundesfreiwilligendienst (BFD) bundesweit insgesamt mehr als 40 Prozent über 27 Jahre alt seien. Betrachtet man die in einer Tabelle mitgelieferten Zahlen genauer, fällt dabei jedoch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung eine erhebliche Ost-West-Teilung in der BFD-Praxis auf. Während zum Beispiel in Baden-Württemberg 3219 BFD'ler unter 27 Jahre und nur 634 über 27 Jahre alt sind, verhält es sich in Sachsen genau umgekehrt: Unter 27 Jahre alt sind dort 782 Personen, über 27 Jahre jedoch 3670 Freiwillige. Allein die Altersgruppe 51-60 Jahre stellt dort in Sachsen mit 1367 BFD'lern fast doppelt so viel wie die Altersgruppe der unter 27-Jährigen. Dieser Befund gilt für alle West- und Ostländer. Im Westen sind zwischen 75 Prozent und 88 Prozent der BFD'ler unter 27 Jahre alt, im Osten sind es dagegen nur 14 Prozent bis 28 Prozent. Berlin erweist sich als Übergangszone, denn hier sind 44 Prozent unter 27 Jahre, 56 Prozent über 27 Jahre alt. Die Anfrage der Linken zielte insbesondere darauf ab, ob Erkenntnisse über eine Nutzung des BFD als arbeitsmarktpolitische Maßnahme vorliegen.

Antwort der Bundesregierung unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/140/1714066.pdf>

nach oben

Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Am 2. August 2013 stellte die SPD einen »Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus« vor. Schnelle staatliche Sanktionen, Stärkung der Zivilgesellschaft und antirassistische Bildung sind die Ankerpunkte des Plans. Sensibilisieren, stärken und immunisieren sind die drei Aktivitäten, die diesen

Ankerpunkten zugeordnet werden. Polizei und Justiz sollen für Rassismus und Rechtsextremismus weiter sensibilisiert und durch antirassistische Bildung und Menschenrechtsbildung in der Schule sollen jüngere BürgerInnen immunisiert werden. Bei der Zivilgesellschaft geht es um Stärkung: »Die von Rassismus und Rechtsextremismus Betroffenen sollen in die Lage versetzt werden, sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu wehren. Zivilgesellschaftliches Engagement muss an der Basis gestärkt werden, damit nicht Rassismus und Rechtsextremismus, sondern ein tolerantes und demokratisches Miteinander entstehen kann.« Konkrete Punkte sind dabei zum Beispiel die Verstärkung der Finanzierung für Programme gegen Rechtsextremismus, die Abschaffung der Extremismusklausel und Begegnungsprojekte. In die Erarbeitung von Detailkonzeptionen und Durchführung des Masterplans sollen Zivilgesellschaft und Forschung eng eingebunden werden.

Weitere Informationen unter

http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/105782/20130802_karakasoglu_oppermann_masterplan.html

nach oben

Bündnis »Bürgermeister für Beteiligung«

Mehr als 50 BürgermeisterInnen aus verschiedenen politischen Parteien rufen dazu auf, bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 für KandidatInnen zu stimmen, die sich glaubhaft für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzen. Sie unterstützen damit das vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ins Leben gerufene »Bündnis Bürgermeister für Beteiligung«. Der BUND fordert, bei Verkehrs- und Bauprojekten ökologische Alternativen verbindlich zu prüfen. Nur so ließen sich Fehlplanungen künftig vermeiden. Im Aufruf des »Bündnisses Bürgermeister für Beteiligung« werden außerdem ein Transparenzgesetz für die Offenlegung der Planungsunterlagen seitens der Behörden sowie die Einführung eines bundesweiten Volksentscheides verlangt. Im Bündnis der BürgermeisterInnen engagieren sich bisher VertreterInnen von CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen, Linken sowie Parteilose aus Bayern, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Rheinland-Pfalz.

Weitere Informationen unter

<http://www.bund.net/buergermeister>

nach oben

Jugend packt an

Zahlreiche Jugendliche haben beim Hochwasser 2013 aktiv angepackt. Initiativen, Gruppen, Vereine und Verbände junger Menschen, die bei Sofortmaßnahmen und beim Wiederaufbau von der Flut geschädigter Einrichtungen und Objekte der Jugendhilfe und -arbeit geholfen haben, z.B. durch Aufräum- und Reinigungsarbeiten über der Wiederherstellung von Spiel- und Bolzplätzen, können bis zum 22. September 2013 Mittel beim Deutschen Bundesjugendring beantragen. Insgesamt stehen 600.000 Euro zur Verfügung, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitstellt.

Weitere Information zum Förderverfahren unter

<http://www.dbjr.de/hochwasser/>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung«: Selbstverständnis

Die AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung« hat ein Selbstverständnispapier erarbeitet. So will die AG den wissenschaftlichen Austausch ins Zentrum ihrer Arbeit stellen. Zugleich wird Wert gelegt auf den Austausch zwischen Forschung und gesellschaftlichen Akteuren, zwischen wissenschaftlichen Sichtweisen und gesellschaftlichem Erfahrungswissen. Neben Forschungstrends sollen so auch Denk- und Forschungsansätzen in den Blick kommen, die in der etablierten Forschungslandschaft oft zu wenig Berücksichtigung finden. Schließlich sollen Fragen behandelt werden, die die Beziehungen zwischen Wissenschaft und interessierter Unterstützung und Einflussnahme betreffen. Das Papier endet mit einer Themenagenda für die nächste Zeit.

Selbstverständnispapier der AG 10 unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_AG10_Selbstverstaendnis.pdf (218 kB)

nach oben

BBE beim Politikfestival in Paretz

Erstmals wird in Paretz im Südwesten von Berlin am 3. und 4. Oktober 2013 ein »Politikfestival« stattfinden. Das BBE beteiligt sich daran. Zusammen mit dem Netzwerk Bürgerbeteiligung bietet das BBE am Donnerstag, den 3. Oktober von 11 bis 12 Uhr einen Workshop zu Fragen der Engagement- und Demokratiepoltik an. Hanns-Jörg Sippel, Vorstand der Stiftung Mitarbeit, und Dr. Ansgar Klein, BBE-Geschäftsführer, diskutieren die demokratie- und engagementpolitischen Impulspapiere der beiden Netzwerke zur Bundestagswahl. BBE-Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein moderiert zudem am gleichen Tag ab 17 Uhr 30 einen Workshop mit den Mitgliederbeauftragten der Parteien zur Frage, wie die Beteiligung der BürgerInnen in den Parteien verbessert werden kann: »Was erwarten NGOs von Parteien zur Stärkung der Bürgergesellschaft?«. Zudem wird das BBE einen Infotisch anbieten.

Weitere Informationen unter
<http://www.politikfestival.de>

nach oben

Sonder-Infoletter zur Aktionswoche: Komprimierte Projektvorstellung

An den drei Thementagen anlässlich der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« wird jeweils ein Sonder-Infoletter veröffentlicht. Die Sonder-Infoletter, die auch als BBE-Sondernewsletter angeboten werden, stellen komprimiert praxisorientierte Projekte zu den diesjährigen Schwerpunktthemen der Aktionswoche »Unternehmensengagement: Partnerschaften« (12. September), »Rahmenbedingungen für Engagement« (16. September) und »Partizipation und Bürgerbeteiligung« (19. September) vor.

Veranstaltungsankündigungen sowie Literaturhinweise liefern darüber hinaus weiterführende Informationen zu den genannten Schwerpunktthemen. Der nächste BBE-Newsletter, der am 22. August 2013 erscheint, berichtet ausführlich über die bundesweite Aktionswoche.

nach oben

BBE-Mitglied des Monats August 2013: Deutsches Jugendinstitut

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) ist Mitglied des Monats August. Damit gratulieren wir dem DJI zu seinem 50-jährigen Bestehen. Das DJI hat seine Geschichte im Wechselspiel mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in einem interessanten Sonderheft der »DJI Impulse« aufgearbeitet. Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet, ist es das größte außeruniversitäre sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut in Deutschland. Es beschäftigt sich mit dem Wandel der Lebensverhältnisse und mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen und berät die Politik und die Fachwelt im Bereich Kinder, Jugend und Familien. Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind der DJI-Survey »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A) sowie verschiedene Forschungsprojekte, die zum Teil in Kooperation mit anderen Einrichtungen, insbesondere im Forschungsverbund mit der Technischen Universität Dortmund, durchgeführt werden. Die Webseite des DJI gibt einen anschaulichen Überblick über die vielen verschiedenen aktuellen wie vergangenen Forschungsprojekte.

Weitere Informationen zum DJI unter
<http://bit.ly/12m8shd>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Wilke: Ehrenamtskoordination erfolgreich gestalten

Nicht das ehrenamtliche Engagement steht vor neuen Herausforderungen, sondern seine Institutionen. Globalisierung, Mobilität, berufliche und zeitliche Flexibilität, Individualisierung, Pluralisierung, demografischer Wandel – die Gesellschaft verändert sich und die Organisationen der Sozialwirtschaft müssen strukturell darauf reagieren und sich anpassen. Vor diesem Hintergrund förderten der Europäische Sozialfonds und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales über das »rückenwind-Programm – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft« das Projekt BrEAK: »Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Zusatzqualifizierung als Ehrenamtlichenkoordinator_in«. Betty Wilke, Leiterin des Projekts im Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Generalsekretariat, stellt das Projekt und die darin gemachten Erfahrungen dar. Das rückenwind-Programm richtete sich ausschließlich an hauptamtliche MitarbeiterInnen. Träger des zweijährigen Projekts war das Generalsekretariat des DRK.

Gastbeitrag von Betty Wilke unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Wilke.pdf (36 kB)

nach oben

Weiterbildungsreihe »Wir beteiligen uns.« für Ehrenamtliche

Zivilgesellschaft lebt von dem kreativen und engagierten Einsatz freiwillig aktiver Menschen. Freiwillige setzen sich für das Gemeinwesen ein, sie spenden Zeit, sie planen und organisieren. Die Weiterbildungsreihe »Wir beteiligen uns.« zielt darauf ab, in drei aufeinander aufbauenden Modulen den Freiwilligen konkretes Handwerkszeug und Praxiswissen an die Hand zu geben und sie zugleich miteinander zu vernetzen. Die Themen der Module lauten: Modul 1: »Mein Engagement: gedacht, geplant und umgesetzt«; Modul 2: »Die Zivilgesellschaft und ich: Beteiligung und Grenzen«; Modul 3: »Die Öffentlichkeit und mein Engagement: Sorge dafür, dass man darüber redet«. Der Dachverband der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. setzt die Weiterbildungsreihe im Rahmen des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern parallel in NRW, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Niedersachsen um. Die Weiterbildung ist kostenfrei, lediglich 30 Euro für Material sind zu entrichten. Reise-, Übernachtungs- und Fahrtkosten werden ebenfalls erstattet.

Weitere Informationen unter

<http://www.evangelische-akademien.de/wbu2>

nach oben

Es muss ja keine Stiftung sein: Veranstaltung

Am Donnerstag, den 5. September 2013 findet im Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin ein Colloquium mit dem leicht ironischen Titel statt: »Es muss ja keine Stiftung sein - Instrumente für wirksame soziale Investitionen« Wie kann man mit Geld Sinn und Wirkung stiften? Können Darlehen und alternative Finanzierungsformen wirklich etwas zum gesellschaftlichen Wandel beitragen? Was ist von den Versprechungen der Venture Philanthropy-Szene zu halten? Und was wurde eigentlich aus der guten alten Spende? Das sind einige der Fragen, die bei diesem Colloquium im Raum stehen. Am konkreten Beispiel der Arbeit der gemeinnützigen Auridis GmbH wird diskutiert, wie sich eine unternehmerische Herangehensweise mit teils klassischen, teils innovativen Förderinstrumenten umsetzen lässt. Um eine Anmeldung möglichst bis zum 30. August 2013 via E-Mail oder Fax wird gebeten.

Weitere Informationen unter

http://maecenata.eu/images/documents/mi/Veranstaltungen/130506_Einladung_Colloquium_Meyn.pdf

nach oben

Internationaler Bürgermedienpreis 2013: Fristverlängerung

Der Bundesverband Bürger- und Ausbildungsmedien e.V., der European Youth4Media Network e.V. und das Bürgerhaus Bennohaus Münster verleihen 2013 zum dritten Mal den Internationalen Bürgermedienpreis an FilmemacherInnen und Aktive der Bürgermedien aus aller Welt. Dieser Preis würdigt das Engagement von BürgerInnen aller Länder in der audiovisuellen Produktion und Berichterstattung zu lokalen, regionalen und globalen

gesellschaftlich relevanten Themen. Das diesjährige Thema lautet »Bürgermedien für Demokratie und Toleranz – gegen Rassismus und Rechtsextremismus«. Zusätzlich zu den Preisen in der Kategorie »International« (Audio und Video) wird es in diesem Jahr erstmals eine eigene Sparte »National« für Audio- und Videobeiträge aus Deutschland geben, die mit vier weiteren Preisen dotiert ist. Die GewinnerInnen werden im Dezember 2013 im Rahmen einer Preisverleihung ausgezeichnet. Der Einsendeschluss von Bewerbungen wurde auf den 30. September 2013 verlängert.

Weitere Informationen unter
<http://www.icm-award.com>

nach oben

Grundrechte-Report 2013: Publikation

Der »Grundrechte-Report 2013. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland«, herausgegeben von Till Müller-Heidelberg, Elke Steven u.a. (Fischer Verlag: 2013), schildert in mehreren Aufsätzen den Zustand der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Der Grundrechte-Report zieht auch in seinem 17. Jahr eine kritische Bilanz. Nach dem Versagen der »Verfassungsschutz«-Behörden bei der Beobachtung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) befasst sich der Report schwerpunktmäßig mit dem Thema Geheimdienste: Was dürfen Geheimdienste? Müssen sie strenger kontrolliert werden? Oder sollen sie aufgelöst und abgeschafft werden? Im Fokus des Grundrechte-Report 2013 stehen zudem die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie die Eingriffe in das Versammlungsrecht bei den Blockupy-Aktionen im Frühjahr 2012. Der jedes Jahr von Bürgerrechtsorganisationen wie der Humanistischen Union oder dem Komitee für Grundrechte und Demokratie herausgegebene Report versteht sich als »alternativer Verfassungsschutzbericht«.

Publikation bestellen unter
http://www.fischerverlage.de/buch/grundrechte-report_2013/9783596196487

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 22. August 2013.
Redaktionsschluss ist der 15. August 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Mareike Jung, M.A. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung durch die Otto-Brenner-Stiftung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert vom:



Gefördert von der:

